

Vossische Zeitung



1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Taglich: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“, — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitschrift“ und „Literarische Umschau“, — Mittwoch: „Reise und Wanderung“, — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1,- Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. A. eigenartiger Annoncen-Zeile. Plannummer. Familien-Annoncen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag: Ullstein, Oberbaurat: Georg Bernhard, Verantw. Redaktor: (im Ansd.) Mandelstam; Carl M. Sch. Berlin. Uavert. Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhof (A 7) 3000-3005 für den Fernverkehr Amt Dönhof 3008-3009. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 4050

Zur Räumungsdebatte bereit

Erklärungen Chamberlains im Unterhause

Wichtigsteinblick der „Vossischen Zeitung“
sch London, 18. Juli
Aufgeklärter Chamberlain gab in der heutigen Sitzung des Unterhauses eine außerordentlich bedeutsame Erklärung über das Problem der Rheinlandräumung ab. Auf eine Anfrage hin erklärte er, daß zwar bisher der deutsche Reichstag noch nicht formell um die Räumung des Rheinlandes erlangt, sondern nur in seiner Regierungserklärung betont habe, daß die Räumung unter den gegenwärtigen Umständen früher als in den Verträge Vertrags terminmäßig erfolgt sei, erfolgen müsse. Die englische Regierung habe in dieser Hinsicht zu tun und sei bereit, jedem beherrschenden Vorstoß, der von einer Seite an der Räumung interessiert Partei gemacht wird, freundschaftliche Beistand zu geben. Auf eine weitere Frage erklärte Chamberlain, daß er der An-

sicht sei, daß er selbst gegenwärtig keine Initiative in dieser Richtung ergreifen könne. Auf die Frage, ob England der Welt kein Beispiel für seine Freundschaft geben wolle, indem die englischen Truppen aus dem Rheinland zurückgezogen werden, erklärte Chamberlain, daß der Rückzug der englischen Truppen allein das Problem nicht lösen würde.

In derselben Sitzung erklärte Chamberlain auf eine Anfrage, daß die Regierung von den britischen Regierungen des Reparationskomitees über die Reparationsausgaben und den Rückzug der deutschen Reichswehr Kenntnis genommen habe und bereit sei, die Vorfälle über die englische Regierung der deutschen Reparationsverpflichtungen vollständig zu prüfen, vorausgesetzt, daß die Vorfälle im Gehalt seien, daß die englischen Rechte und Interessen in Übereinstimmung mit den Rechten der englischen Regierung zum Ausdruck gebracht werden könnten. Chamberlain erklärte, daß er nicht der Auffassung sei, daß irgendeine Initiative von Seiten der englischen Regierung möglich oder ratsam sei.

Fortschrittliche Wirtschafts-Politik

Professor Dr. Hans Oelschlägel, Oberlandesgerichtsrat in Aalen

Die früheren Bündnisse der fortschrittlichen Parteien haben darunter gelitten, daß sie in Bezug auf kommenden Parteien nur ein weitläufiges einheitliche, der Weimarer Verfassung entsprechende Ziel verfolgten, daß ihnen aber ein gemeinsames Wirtschaftsprogramm nahezu völlig fehlte. Die wirtschaftlichen Auffassungen der Sozialdemokratie, der fortschrittlichen Sozialdemokratie einerseits und die Einstellung der Sozialdemokratie andererseits wichen im Gegenteil so erheblich voneinander ab, daß die Parteiverhandlungen aus diesem Grunde nicht zu Ende geführt werden konnten. Auch bei den jüngeren Regierungsbündnissen hat es sich nicht geändert, wie jedoch es sich, daß ein allgemein anerkanntes Ziel für eine praktische fortschrittliche Wirtschaftspolitik fehlt.

Diesem Mangel muß abgeholfen werden. Dabei darf ein fortschrittliches Wirtschaftsprogramm nicht aus Konzeptionen, die zu verschiedenen Auffassungen über gar an die verschiedenen Interessengruppen beruhen und aus Gängen, die folgen Konzeptionen ihre Entschiedenheit verdrängen, zusammengeleitet sein. Vielmehr gilt es, eine einheitliche wirtschaftspolitische Zielsetzung zu erreichen.

Die Entwicklung der letzten Jahre hat Wege eingeschlagen, welche die fortschrittlichen Auffassungen der fortschrittlichen Parteien in ihrem Verhältnis zueinander befruchtigen müssen, wenn dies auch bisher nicht beachtet worden ist. Eine genaue Untersuchung wird sich zeigen, wie sehr bemerkbar werden. Wie ich schon jetzt sagen in der „Vossischen Zeitung“ wiederholt ausgeführt habe, schwindet die freie Wirtschaftspolitik, und zwar neuerdings in einem schnelleren Tempo. Die wirtschaftliche Konzentration in den verschiedenen Formen läßt allmählich einen Zustrom aufkommen, den ich als „Organisationswirtschaft“ bezeichne habe. Das Ziel ist, daß die freie Wirtschaft nicht nur noch ein Beweismittel, sondern auch ein Ziel der Wirtschaftspolitik sein sollte, sondern auch ein Ziel der Wirtschaftspolitik sein sollte, sondern auch ein Ziel der Wirtschaftspolitik sein sollte.

Zwei Todesurteile für Heim

Sonderbericht der „Vossischen Zeitung“

sch London, 18. Juli
Nach zwölfstündiger Beratung hat das Gericht, das die Taten des Mörders Johann Sch. abzuurteilen hatte, wieder den Gestand, der nur ganz unwahrscheinlich war. Der Vorsitzende hat das Publikum, das während der Verhandlung des Urteils abwesend war, zu verurteilen. Es herrschte lautliche Stille, als der Vorsitzende den Spruch der Geschworenen bekanntgab:
Heim wird wegen zweier Morde zweimal um das Todesurteil. Außerdem wird er verurteilt wegen eines Totschlags, eines Mordversuches und eines Totschlagsversuchs zu insgesamt 15 Jahren Zuchthaus, es werden ihm die Zuchthausstrafe und die Haft des Verurteilten werden ihm auferlegt; die bei ihm gefundenen und sonst beschlagnahmten, ihm gehörigen Waffen und Munition werden vom Gericht eingezogen. Der Staatsanwalt hatte für die drei vollendeten Morde dreimonatige Zuchthausstrafe und für zwei Mordversuche, die im föhlichen Zusammenhang mit den Morden liegen, jeweils je zehn Jahre Zuchthaus, zusammengezogen in 15 Jahren Zuchthaus, gegen die Verurteilung der bisherigen Geschworenen auf Lebensdauer, die Verurteilung in der Haft des Verurteilten und Einschüpfung der Haft und der Munition, die in seinem Besitz sind, geurteilt. Die Begründung des Urteils veröffentlicht wird in der ersten Beilage.

Französisch- spanische Freundschaftsreden

sch Paris, 18. Juli

Wichtigsteinblick der „Vossischen Zeitung“

Der Präsident der Republik, Doumergue, der gestern Abend zur Einweihung der neuen Staatspräsidenten von Paris abgereist ist, trat heute Vormittag um neun Uhr in Paris ein, wo die neue Wahlperiode beginnt. In zwölfstündiger Arbeit hat der Präsident die Rede gehalten, die die Freundschaft zwischen Frankreich und Spanien einen neuen Anstoß gibt. Die neue Rede führt von Paris aus durch das Hochgebirge von Nive nach Garosilla. Vor dem internationalen Bahnhof von Canfranc wurde der Präsident vom König von Spanien, dem General Primo de Rivera und dem spanischen Minister für öffentliche Arbeiten Marquis de Cerralbo erwartet; vier Infanterieregimenter, ein Kavallerieregiment und ein Artillerieregiment erwelien die militärischen Ehrenbegleitungen.

Auf dem Flughafen, das die offiziellen Teilnehmer der Einweihungsfeier betrat, nahm zunächst der König von Spanien den Wort. Durch den von diesem neuen Wahlperiode, erklärte er, hätten Frankreich und Spanien einen neuen Anstoß durch die Freundschaft ausgetauscht. Mit diesem Wort des Friedens verleihe sich die enge Freundschaft zwischen den beiden Völkern, die sich in schwierigen Stunden der Aufrechterhaltung so glänzend bewährt habe. Trotz verschiedener politischer Umänderungen seien die fundamentalen, internationalen und menschlichen Bande zwischen Frankreich und Spanien immer fester geworden. „Gottselig, Frankreich, die Republik und Spanien eine Monarchie, Frankreich ist konstitutionell und parlamentarisch, Spanien hat diese Prinzipien übergeben aufgehoben, aber nur um sie neuer und besser wieder einzuführen, bereit von den Zeitströmen und Gezeiten, die eine lange Erfahrung enthält haben. Beide Völker aber haben eines gemeinsam: die Liebe zum Frieden, die Liebe zum Recht, die Liebe zum Recht und zum Recht und ihre menschliche Solidarität.“

Der Präsident der Republik, Doumergue, dankte in bewegten Worten. Auch er feierte die französisch-spanische Freundschaft, die in gemeinsamer Waffenbrüderschaft in Marocco den Sieg errungen habe, und die nun auch das natürliche Hindernis der Pyrenäen überwinden habe.

Freitag Veröffentlichung der englischen Antwort

Wichtigsteinblick der „Vossischen Zeitung“

sch London, 18. Juli

Chamberlain erklärte im Unterhause, daß er die Antwort der englischen Regierung und der Dominions auf Rellogos Antiteilnahme heute dem amerikanischen Gesandtschaftsleiter überreichte und daß der Valt von der englischen Regierung angenommen wurde. Die englische Antwort wird am Freitag veröffentlicht werden.

sch Brüssel, 18. Juli

In seiner Antwort auf das Schreiben des amerikanischen Gesandten Orlow vom 23. Juni über den Antiteilnahme sagt Minister des Auswärtigen Symans u. a. folgendes: „Belgien ist dem Frieden nicht ergeben und preißt sich glücklich, dem Gedanken zu huldigen, von dem der Vertragstextur ausgeht. Der von der Belgischen Regierung ausgesprochene Vorwand des Vertrages hindert die volle Erfüllung der Regierung des Königs, die die in dem Vertrag durch Spanien enthaltenen Bestimmungen und Bedingungen mit Genehmigung des Königs stimmt. Die belgische Regierung ist besonders glücklich, festzustellen, daß der geplante Vertrag die sich aus dem Selbstbestimmungs und dem Locarno-System ergebenden Rechte und Verpflichtungen völlig aufrecht erhält, die für Belgien die Grundvoraussetzungen seiner Sicherheit darstellen. Die belgische Regierung möge dem Schritt der amerikanischen Regierung großen Wert bei, der ihr gehalten, sich dem großen Wert angeschlossen, das dem Vertrauen ist, den Frieden in der Welt zu erreichen und für die Zukunft die Geschlossenheit der Welt zu vermitteln. Die Regierung des Königs wäre der Regierung der Vereinigten Staaten dankbar, wenn sie für das Datum und den Ort mitteilen wollte, die sie für die Unterzeichnung des Vertrages wählen wird.“